# Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 61. VII. BAND 1. Juni 1917.

INHALT:



Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

# Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

**vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.**

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

**Fernspr.: Steinplatz 9923.**

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.


---



Nr. 61. 1. Juni 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

## Polen und die deutsche Oeffentlichkeit.

Die gegenwärtige, wenig befriedigende Lage in Polen, hat in der deutschen Presse vielfach herbe Kritik hervorgerufen. Die unseren Lesern bekannten Entschliessungen des prov. Staasrates vom 1. 5. und die Antwort der verbündeten Regierungen vom 15. 5. (Vgl. Poln. Bl. Nr. 60) werden von einem Teil der Presse stark angegriffen. Manche Tageblätter erachten den Augenblick für geeignet, die Feinheit ihrer Ironie kundzutun, manche erwarten von ihrer Regierung eine endgültige Antwort in Form und Inhalt, die „auch wenn sie die polnischen Wünsche in der Hauptsache erfüllen sollte, geeignet sein werde, den Polen wieder einiges Verständnis für ihre Abhängigkeit vom Wohlwollen ihrer Befreier beizubringen“ (Magd. Ztg.).

Landgraf, werde hart!

Das merkwürdige an der Haltung dieser Presse besteht in zweierlei Umständen: in der geringen Kenntnis der in Polen herrschenden Verhältnisse, ferner im totalen Missachten der internationalen Lage.

Das öffentliche Leben der Gegenwart zeichnet sich notgedrungen dadurch aus, dass seine wesentlichen Begebenheiten sich nicht in der Oeffentlichkeit abspielen. Besonders bezieht sich das aber auf okkupierte und dem Kriegsschauplatz nah gelegene Gebiete. Das Publikum wird daher gar oft unvorbereitet vor Kundgebungen und Tatsachen gestellt, die ohne ihre faktische Unterlage und ihren kausalen Zusammenhang dargeboten, überraschend und verwirrend wirken. Im grossen ganzen kennen wir aus deutscher Feder nur drei Schilderungen der in Polen herrschenden Zustände.

Noch vor dem 5. November 1916 erschien die Broschüre des bekannten national-liberalen Publizisten Dr. R. Bahr („Im besetzten Polen“ Berlin. bei K. Curtius), die mehr gibt, als sie verspricht und nicht so gelesen wird, wie sie es verdient. In neuester Zeit weilte in Warschau und in Łódź Abg. Friedrich Naumann; mit dem Auge eines geschulten National-Oekonomen und Politikers, mit der Intuition eines Künstlergeistes drang er nicht nur in die materiellen Verhältnisse, sondern auch in die Volksseele ein und wusste vieles zu sagen, was beiden Nationen zu denken geben sollte. Mit Verwunderung sahen wir. wie wenig Anklang die Worte dieses bedeutenden deutschen Mannes — auch seine letzten Ausführungen im Hauptausschuss des Reichstages — in Deutschland fanden, selbst in denjenigen Blättern und Parteien, die ihm sonst nahe stehen. Schliesslich lasen wir unlängst in der „Vossischen Zeitung“ eine Reihe von Artikeln von einem Mitarbeiter, der 3-4 Tage sich in Warschau aufgehalten hat und von der „Souveränitäts-Ungeduld“ der Polen sich so abgestossen fühlte, dass seine Berichte eher alles andere, denn ein richtiges Bild der Lage darstellen. Es wird also geurteilt ohne Kenntnis von Land und Leuten, im besten Fall, sagen wir, einseitig und ohne den Versuch, sich in die Seele und Interessen eines Nachbarvolkes einzufühlen. Ohne letzteres lässt sich aber keine Politik von Dauer machen.

Und wie steht es mit der Polenfrage, als einer internationalen Angelegenheit? In dieser Beziehung ist in den letzten Monaten manches geschehen, womit der reale Politiker rechnen sollte. Schliesslich leben wir doch nicht auf einem politischen Eiland. Die verantwortlichen Staatsmänner der verbündeten Regierungen, die die Weltfrage nicht aus den Augen lassen, tragen gewiss der Bedeutung der Polenfrage in diplomatischer Beziehung Rechnung und jeder gewissenhafte Politiker wird zugeben müssen, dass dadurch mancher diplomatische Vorstoss gelungen ist, der — nach seinen Wirkungen zu beurteilen — zu den wichtigsten diplomatischen

Errungenschaften der Zentralstaaten zählt. Nun stehen wir aber erst beim Beginn des diplomatischen Spieles der Westmächte, und wer Augen hat zu sehen, der wird erkennen, dass die Bedeutung des polnischen Faktors in Zunahme begriffen ist. Wir zweifeln nicht, dass die Lenker der verbündeten Monarchien mit dieser Realität ernst rechnen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen — wie stellt sich aber dazu die grosse deutsche Oeffentlichkeit? Der Durchschnittsmann ist kein Diplomat; wenn aber heutzutage soviel von „Politisierung“ des Volkes, von Heranziehung der Massen zum bewussten Mitarbeiten an den grossen Aufgaben des Tages gesprochen wird, ist es unsererseits gewiss keine Ueberhebung, wenn wir von dem Missverstehen der polnischen Frage seitens der Oeffentlichkeit sprechen.

Diesen politischen Erwägungen gesellen sich noch zwei Faktoren, die ebenfalls nicht zu den Imponderabilien gehören: die von niemandem zu leugnende, in unzähligen Kämpfen gestählte Vitalität der polnischen Nation, die sich nie aufgegeben und nie aufgeben wird, und das menschliche Gewissen. Der gesunde Instinkt der Massen sollte es doch verstehen, der Realpolitiker wird wohl wissen, dass diese Kräfte ewig — wirken.

Wir bringen diese einfachen Wahrheiten in Erinnerung, da uns die Möglichkeit fehlt, auf alle Ideen, die die letzten Ereignisse in Polen ausgelöst haben, Antwort zu geben. Uns kommt es übrigens nicht auf Polemik an — umsomehr als wir wissen, dass unsere Gegner doch immer das Feld behaupten werden. Wir sind am Platze, um positive Arbeit zu leisten und müssen mit Verwunderung feststellen, wie wenig brauchbare Anhaltspunkte unsere Gegner dazu bieten. Wenn der Hauptleiter der fortschrittlichen „Vossischen Zeitung“ für das Abtreten Polens an Russland plaidiert; wenn Herr Professor Hoetzsch in einer konservativen Zeitung für eine Verständigung über Polen mit Russland, um den unbequemen polnischen Staat loszuwerden, spricht;

wenn die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ von einem „neuen Mbret“ (das soll der polnische König sein) schreiben und sich der Hoffnung hingeben, dass sich „das neue Staatswesen . . . mit Grenzregulierungen . . . abfinden wird“ — so bilden diese Ideen sicherlich keinen Anhaltspunkt für unsere positive Arbeit. Wir wissen wohl, dass diese Blätter nicht die Mehrheit des deutschen Volkes vertreten, aber — wo ist die bessere Presse, an die wir uns halten sollen?

Trotz alldem sind wir aber bemüht in der Wirrnis der Geschehnisse die grosse Linie in den Augen zu behalten. Der unabhängige polnische Staat im festen Bündnis mit den Zentralmächten — dies Programm verfolgen wir seit jeher und lassen uns weder nach rechts noch nach links von diesem Wege ableiten. Wir waren uns dessen bewusst, dass nach langjähriger Entfremdung zwischen Polen und Deutschen diese Aufgabe nicht leicht und durch den Krieg keineswegs leichter gemacht wurde; aber „wir sind aufeinander angewiesen“, schrieben wir mehrmals und jeder Tag bringt neue Beweise für die Richtigkeit, ja, für die Notwendigkeit dieses Programms. Die russische Revolution hat ja politisch in ganz Europa eine Revolution hervorgerufen; wir begreifen den in Deutschland entstandenen Willen zum Frieden, der nun dem russischen Volke ein Entgegenkommen bezeugt; die Bedeutung der polnischen Frage wird aber dadurch für Deutschland nicht verringert. Endweder siegt in Russland die radikal-freiheitliche Strömung, dann wird sie Polen mit Beweisen ihres humanitären und freiheitlichen Sinnes überhäufen, oder werden die Kadetten Oberhand gewinnen, dann werden sie früher oder später Polen als das „Ausfalltor“ für ihre imperialistischen Tendenzen gegen Deutschland ausnutzen wollen. Wie die Dinge liegen, werden in Polen die Kämpfe zwischen der „östlichen“ und der „westlichen“ Orientierung erst nach dem Kriege mit voller Wucht — weil um sehr reale Machtfragen — entbrennen. Wir möchten ihm in vorhinein die gefähr-

liche Spitze abbrechen und das freundschaftlich-nachbarliche Nebeneinanderleben Polens mit den Zentralmächten ermöglichen. Dazu gehört, unserer Meinung nach, ein befriedigtes grösseres Polen, was im Einvernehmen mit dem gleichberechtigten weissruthenischen Volke zustande kommen kann. Es ist ja heller Wahnsinn zu glauben, dass ein unzufriedenes oder auf Russland angewiesenes Polen, nach dem Kriege für das deutsche Reich ein bequemer Nachbar sein würde; andererseits sind wir uns auch sämtlicher Vorteile bewusst, die dem polnischen Staate von der Freundschaft Deutschlands erwachsen können. Das ist doch klar — sowohl vom polnischen, wie auch vom deutschen und auch vom allgemein-menschlichen Standpunkte aus. Es handelt sich nicht nur um politische Interessen: höchste Zeit ist es, auch andere Werte in das Leben der Völker einzuführen, statt der bisherigen, die nur zersetzend und vernichtend, bis zum heutigen Weltbrand geführt haben. Dazu müssen aber die realen Grundlagen geschaffen und die bösartigen Stacheln entfernt werden.

Die deutsche Oeffentlichkeit befindet sich hinsichtlich der Polenfrage auf einem Scheidewege. Die Polen sind anderen Temperaments als die Deutschen; überdies haben sie über hundert Jahre auf den gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick gewartet, nun können sie nicht passiv als Objekt oder Zuschauer abwarten. Die Eindrücke der Aussenwelt stürmen heran. Zugeständnisse, die allzu lange auf sich warten liessen, machen keinen Eindruck. Wir glauben daher unsere Pflicht zu erfüllen, wenn wir in diesem Augenblicke — im beiderseitigen Interesse — an den deutschen Leser unseren Appell richten.

---

# Die Polenkonferenz in Stockholm.

Um die Mitte d. M. brachten die Zeitungen Meldungen aus Stockholm über Konferenzen polnischer Politiker aus verschiedenen Teilen Polens, die in der schwedischen Hauptstadt abgehalten wurden.

Wir hatten Gelegenheit über diese Konferenzen den Direktor des politischen Departements des polnischen Staatsrats in Warschau, Herrn Grafen Wojciech Rostworowski, auf dessen Rückreise aus Stockholm zu sprechen. Herr Graf Rostworowski teilte uns folgendes mit:

Ich komme eben aus Stockholm, wo ich mit Herrn Kunowski, ebenfalls Mitglied des Staatsrats, an Besprechungen mit den aus Russland angelangten polnischen Politikern teilnahm. Es waren mehrere Herren, Vertreter verschiedener Parteien, mit Ausnahme der national-demokratischen, zugegen; unsere Besprechungen hatten einen rein privaten Charakter, wir wollten uns eben gegenseitig über die gegenwärtigen Verhältnisse informieren.

Die einige Tage dauernden Unterredungen erwiesen eine vollkommene Uebereinstimmung in unseren wichtigsten nationalen Angelegenheiten.

Es wurde festgestellt:

1. dass Weisungen betreffs der nationalen Politik nur der in der Heimat lebenden Gesellschaft, insbesondere dem das Land vertretenden staatsrechtlichen Organe zustehen;

2. die Agitation mancher unverantwortlichen polnischen Faktoren in Russland für Schaffung einer polnischen Armee in Russland aus den dortigen Abteilungen der Soldaten polnischer Nationalität wird als schädlich betrachtet und dementsprechend soll dieser Agitation entgegengewirkt werden;

3. mit dem demokratischen Russland, das keine aggressiven Tendenzen hegen wird, wollen wir in freundschaft-nachbarlichen Beziehungen leben, wobei die Hauptbedingung wäre: Ausschaltung jeglicher Einflussnahme einer Nation auf das innere Leben der anderen;

4. indem wir den Standpunkt der nationalen Selbstbestimmung vertreten, sind wir fest entschlossen, sämtlichen Nationen, die historisch und kulturell mit Polen verbunden sind, die weitgehendsten freiheitlichen Bedingungen für ihr weiteres Zusammenleben mit den Polen zu schaffen

Herr Graf Rostworowski, befragt um seine Meinung über Russland, das er genau kennt, äusserte sich folgendermassen:

Alles, wass mir bekannt ist und was ich von meinen aus Russland kommenden Freunden erfahre, befestigt mich in der Ueberzeugung, dass ein Volk nicht imstande ist, gleichzeitig eine innere Reorganisation vorzunehmen und einen grossen Krieg zu führen. Dieser Umstand muss mit mathematischer Gewissheit das russische Volk zum Frieden führen. Jede dagegen laufende Agitation ist ein künstliches Produkt und von kurzer Lebensdauer. Einen Separatfrieden mit Russland halte ich für ausgeschlossen. Dagegen ist das gegenwärtige Russland ein Faktor, der die gesamte Koalition zum Frieden umstimmen wird. Diese Tendenz ist in Russland sehr stark und bei den Lenkern der gegenwärtigen Umwälzung ganz aufrichtig. Entschlossener Gegner der alten Regierung, wie ich es war, habe ich keinen Anlass, den Männern des neuen Russlands, die nicht mit Worten, vielmehr mit Taten den Ernst ihrer Ueberzeugungen bekunden, keinen Glauben zu schenken. Für ihre Aufrichtigkeit sprechen solche Tatsachen, wie die Schaffung der Liquidierungskommission betreffs Polen, Pensionierung russischer Beamten, die bis nun am polnischen Budget hingen usw. Die Einflüsse der Polen, die in Russland nicht zu unterschätzen sind, werden dahin gehen, mit allen Mitteln einem gerechten Frieden zum Siege zu verhelfen.

---

## Ueber die Zukunft des polnischen Deutschtums.

Es ist notwendig, dass zu dieser Frage von Seiten der Vertreter des intellektuellen und politisch reifen polnischen Deutschtums Stellung genommen wird. Ein Teil der reichsdeutschen Presse alldeutscher Geistesrichtung zeigt besonders seit der Proklamierung des Königreichs Polen grosse Betriebsamkeit im Irreführen der öffentlichen Meinung in Deutschland über die Lage und die wirklichen Stimmungen der polnischen Deutschen. Wenn diesen Versuchen nicht von berufenen Seiten im Sinne einer objektiven Unterrichtung der öffentlichen Meinung entgegengetreten wird, so liegt die Gefahr nahe, dass beim bevorstehenden Friedensschluss, bei Festlegung der zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen, Fehler versucht werden, die die alteingesessenen Deutschen in Polen in einen vom nationalen und wirtschaftlichen Standpunkt durchaus unerwünschten Gegensatz zur polnischen Nation bringen können.

Es sei zunächst ein kurzer historischer Rückblick auf die deutsche Einwanderung nach Polen vorausgeschickt. Die sogenannte Kolonisation auf Grund des deutschen Rechtes im frühen und späten Mittelalter soll uns hier nicht beschäftigen, weil diese deutschen Einwanderer längst im Polentum, mit dem sie durch die gemeinsame katholische Religion verbunden waren, aufgegangen sind. Die zur gegenwärtigen Zeit in Polen eingesessenen evangelischen Deutschen sind in den Jahren 1815 bis 1830 durch die damalige autonome polnische Regierung und durch einzelne polnische Grossgrundbesitzer angesiedelt worden. Eine sehr kleine Zahl ist zur preussischen Zeit, in den Jahren 1795 bis 1805, nach Polen verpflanzt worden, es ist demnach durchaus unrichtig, wenn manche alldeutschen Pressorgane das Vorhandensein der deutschen Einwohner in Polen auf die Bemühungen der damaligen preussischen Regierung zurückleiten und den Hauptanteil der polnischen Kreise

an dieser Kolonisation verschweigen. Der Wahrheit direkt zuwiderlaufend ist es aber, wenn reichsdeutsche evangelische Geistliche in ihren Pressaufsätzen von russischen Zaren fabeln, die angeblich die evangelischen Deutschen in Polen angesiedelt haben. Tatsächlich hatten die russischen Zaren mit der deutschen Kolonisation in Polen nie etwas zu schaffen gehabt.

Die durch die autonome polnische Regierung in der Zeit von 1815 bis 1830 eingeleitete deutsche Kolonisation in Polen bezweckte die Ansiedlung deutscher Bauern, von deren rationeller und tüchtigerer landwirtschaftlicher Bewirtschaftung man sich einen befruchtenden Einfluss auf das ganze Land versprach, und weiter die Verpflanzung einer gewerblichen und industriellen Tätigkeit nach Polen. Heute, nach fast 100 Jahren, darf man sagen, dass die deutschen Einwanderer die Hoffnungen, die man in sie gesetzt hat, nicht enttäuscht haben. Die Bauern haben in ihrem Wirkungskreis treu und tüchtig gearbeitet und die Industrie, besonders die Textilindustrie, hat sich zu staunenswerter Höhe emporgearbeitet. Die überwiegende Mehrzahl der damaligen deutschen Einwanderer waren solche, die aus ihrer alten Heimat durch den Hunger fortgetrieben wurden, die Łodzer Weber und Spinner besonders kamen aus einem Milieu, das Gerhard Hauptmann in seinen „Webern“ so unübertrefflich geschildert hat. Für sie war Polen das gelobte Land, das sie aus ihrem Elend herausziehen sollte. Diese Einwanderer waren deshalb in der Anfangszeit auf eine sehr weitgehende Unterstützung seitens der polnischen Regierung angewiesen, die auch keine Kosten und keine Mühe gescheut hat, die deutschen Kolonisten sesshaft zu machen und sie zu zufriedenen Bürgern zu erziehen. Die Einwanderer erhielten fast kostenlos Land, Holz, Baumaterial und eine ganze Reihe wesentlicher Vergünstigungen, die alle hier aufzuzählen zu weit führen würde. Sehr interessante Aufschlüsse über die Zusammensetzung der damaligen deutschen Einwanderer gewähren

die amtlichen Berichte der polnischen Fabrikkommissare, besonders Dunins, die die traurige Lage der Kolonisten wiederholt bezeugen und auf weitgehende Unterstützung seitens der polnischen Regierung dringen. Die Folge war, dass die Regierung z. B. die Tuchlieferungen für die damalige polnische Armee ausschliesslich an die kleinen deutschen Hausweber vergab. Als die Regierung erkannt hatte, dass die ersten Einwanderer infolge ihrer Armut zu keinem materiellen Wohlstand kommen konnten, und dem Lande zur Last zu fallen begannen, änderte sie ihr Vorgehen, und suchte vermögende Fabrikanten zur Uebersiedlung nach Polen zu veranlassen. Diese Versuche ergaben bedeutend bessere Resultate und rasch blühten in der Folge grössere Fabrikunternehmungen in Polen auf, die zum grössten Teil noch heute im Besitze derselben Generationen stehen und sich an dem industriellen Aufstieg des Landes unvergängliche Verdienste erworben haben.

Die frühere polnische Regierung und später die polnische Gesellschaft haben in nationaler und sprachlicher Hinsicht auf die deutschen Einwanderer nie einen Druck ausgeübt. Sie haben sie stetz als Deutsche anerkannt und haben ihnen in der Betätigung ihrer nationalen und sprachlichen Eigenart immer weitgehendsten Spielraum gelassen. In religiöser Beziehung erfreuten sich die meist evangelischen Einwanderer sogar direkter Unterstützung seitens der polnischen Regierung, denn überall, wo mindestens 30 evangelische Familien angesiedelt waren, wurde auf Kosten der polnischen Regierung ein Bethaus oder eine Kirche gebaut und deutsche Pastoren, Lehrer und sogar deutsche Heilgehilfen besorgt und unterhalten. Es muss dies hier ausdrücklich festgestellt werden, weil reichsdeutsche Pressorgane alldeutscher Geistesrichtung in ihrer ganz unzureichenden Kenntnis der Entstehungsgeschichte des polnischen Deutschtums manchmal behaupten, diese Deutschen wurden gewaltsam polonisiert.

Die gegenwärtig im Königreich Polen eingesessenen

deutschen evangelischen Kolonisten zerfallen in 66 Kirchspiele und 35 Filialgemeinden. Ausserdem bestehen noch 11 reformierte Kirchspiele, die gleichfalls vorwiegend deutsch sind. Die Gesamtzahl dieser Evangelischen war vor dem Kriege etwas über 500000, von denen etwa 140000 während der Kämpfe durch die Russen gewaltsam in das Innere Russlands verschleppt worden sind, so dass gegenwärtig etwa 360000 Evangelische beider protestantischen Bekenntnisse in Polen leben. Von diesen betrachten sich aber rund etwa 100000 als Polen, sodass im Endresultat höchstens 260000 verbleiben, die als rein Deutsche zu betrachten sind.

Unter den Evangelischen in Polen sind gewisse Unterschiede zu machen. Die einzelnen Gemeinden setzen sich in der Regel aus der Unterschicht, dem Bauerntum, das in der Zahl überwiegt, und der intellektuellen Mittel- und Oberschicht zusammen, die man auch als städtische Bevölkerung ansprechen kann. Die Mittel- und Oberschicht des polnischen Deutschtums, ihrer Mission und geschichtlichen Verantwortung bewusst, nahm stets an der kulturellen Entwicklung Polens teil und bemühte sich, gemeinsam und Hand in Hand mit den Polen, an dem Aufstieg des polnischen Landes und seiner Bevölkerung mitzuarbeiten. Sie traten in engere Verbindung mit dem Polentum, schlossen vielfach auch Familienbande. Naturgemäss hatten die vielen Jahrzehnte gemeinsam erlebter Geschichte zur Folge, dass zahlreiche ursprünglich Deutsche sich freiwillig polonisierten, die meisten wiederum sich so dem ethnographischen und politischen Charakter des Landes anpassten, dass sie wohl deutsch sprechen, das Deutsche als ihre Muttersprache betrachten, aber in gewisser Hinsicht polnisch empfinden. Diese Letzten sind es besonders, die dem alldeutschen Demagogentum, das das allein richtige Deutschtum in Pacht genommen hat, unverständlich erscheinen und von ihm mit Schmähungen überschüttet werden. Diese, durch die historische Entwicklung und Jahrzehnte gemeinsamen geschicht-

lichen Erlebens herausgebildete Zusammensetzung der evangelischen Gemeinden in Polen brachte naturgemäss die Pastoren in eine schwierige Lage. Sie mussten, als christliche Geistliche und geistige Führer, auf die polonisierten oder polnisch empfindenden Glieder ihrer Gemeinden Rücksichten nehmen. Das alldeutsche Demagogentum, in seiner vollständigen Hilflosigkeit, ethnographische und geschichtliche Werdeprozesse zu begreifen, versteigt sich oft zu der Anklage, unsere evangelischen Pastoren polonisieren ihre Gemeinden. Diese Behauptung ist eine Entstellung der Tatsachen; unsere Pastoren haben ihre Gemeinden nie polonisiert, wohl aber mussten sie dem Zeitgeist mancherlei Konzessionen machen. Wenn man schon von einer Polonisierung der polnischen Deutschen reden will, so ist es richtiger zu sagen, dass die Gemeinden die Pastoren polonisieren. Von unseren Pastoren aber kann man mit vollem Recht sagen, dass sie es verstanden haben, mit unendlichem Takt und Feingefühl die ihnen anvertraute Herde durch die Szylla und Charybdis der nationalen und konfessionellen Gegensätze zu führen und sie selbst in der Zeit, als die unheilvolle Polenpolitik der Bülowschen Regierung im Königreich Polen und in der slavischen Welt ihr Echo fand, vor Angriffen und wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren. Unsere Pastoren haben es auch, in echt christlicher Gesinnung, verstanden, in ihren Gemeinden ein tiefes und reges religiöses Leben zu wecken und zu bewahren. Unsere Kirchen sind deshalb auch, dank diesem echt christlichen und evangelischen Geist unserer Pastoren, an den Sonntagen bis auf den letzten Platz gefüllt, durchaus im Gegensatz zu manchen anderen Ländern, wo sie ziemlich leer stehen und wo über den Verfall des Protestantismus allgemein geklagt wird. Unsere Pastoren sind demnach durchaus im Recht, wenn sie nicht geneigt sind, über kirchliche Fragen Belehrungen anzunehmen von landfremden Amtsgenossen und es verweigern, unsere uns so lieb gewordene evangelische Kirche

im polnischen Lande zu einer politischen Agentur des völkerverhetzenden alldeutschen Demagogentums herabzuwürdigen.

Seit der Besetzung Polens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen macht sich in der reichsdeutschen Presse alldeutscher Geistesrichtung das Bestreben bemerkbar, das Vorhandensein der deutschen Ansiedler in Polen in recht fragwürdiger und die wirtschaftlichen Interessen dieser Deutschen ausserordentlich schädigender Weise für die Zwecke der alldeutschen politischen Kriegsziele auszunutzen. Es wird da eine nie vorhanden gewesene „deutsche Not" in Polen konstruiert (von der Kriegsnot, die in Polen alle Völkerschaften gleichermassen traf, ist hier nicht die Rede), eine Reihe, von tendenziösen Zeitungsschreibern am Redaktionstisch ausgeheckter Vorschläge für die Rettung dieser angeblich bedrohten Deutschen wird gemacht und drgl. mehr. Es wird dabei redlich gelogen, so z. B. wird die Anzahl der polnischen Deutschen, die mit 260000 doch recht bescheiden ist, konsequent auf 600000 beziffert; die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" fabelt sogar von 800000. Zu Helfershelfern dieser Agitation gibt sich ein kleiner Kreis von Lodzer polnischen Deutschen her, die in bemerkenswerter Unkenntnis der politischen Verhältnisse im Deutschen Reiche und der allgemeinen Weltlage und in einer blinden Verkennung der eigenen wirtschaftlichen Interessen, aus einer unklaren Deutschtümmelei heraus, sich zu politischen Agenten des alldeutschen völkerverhetzenden Demagogentums hergeben. Statt in richtiger Erkenntnis der Gunst der Stunde, die ihnen durch die geschichtlichen Entwicklungsgänge und die wirtschaftliche Logik zugewiesene Rolle der natürlichen Vermittler zwischen dem deutschen und polnischen Volk wahrzunehmen, in Polen die wahren deutschen Interessen zu vertreten und an der Gewinnung der polni-

schen Nation für den mitteleuropäischen Anschluss mitzuarbeiten, treiben sie es in ihrer subalternen Auffassung des Deutschtums umgekehrt. Sie versuchen, die öffentliche Meinung im Deutschen Reich durch alberne Räubergeschichten irrezuführen und reichen hier von Entstellung und unwahrer Schilderung der polnischen Zustände strotzende Denkschriften ein, denen übrigens die Mitarbeit der alldeutschen Demagogen sofort anzusehen ist und die auch entsprechend gewürdigt werden. Es ist immer die gleiche Presse, die diese Nachrichten im Deutschen Reich kolportiert. „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir wer Du bist“.

Es gibt Leute, die es im bürgerlichem Leben nie zu etwas Rechtem bringen können, die gewohnt sind, immer unterstützt zu werden. Solche Leute mag es vielleicht auch unter den Lodzer Deutschen geben. Früher hat es die autonome, polnische Regierung getan, dann versuchten die Russen sie ab und zu gegen das Polentum auszuspielen, nach dem bewährten Grundsatz „divide et impera“, (mit einer demagogischen Ansprache eines früheren russischen Statthalters in Polen, Grafen Berg, die 1865, unmittelbar nach der blutigen Unterdrückung des letzten polnischen Aufstandes gehalten wurde, gehen diese Kreise ab und zu in Deutschland krebsen), vor dem Akt des 5. November schielten sie nach einer vielleicht neuen Art von „Polenzulagen“; wenigstens muss man das Letztere schliessen aus gewissen gemeinsamen Zügen, die diese Kreise mit dem „Ostmarkenverein“, der bekannten Interessentenorganisation der Ostmarkenzulagenbezieher, verbinden. Aus diesem Geist heraus entstehen dann die in einem weinerlichen und unwürdigen Ton gehaltenen Appelle an „die alte deutsche Heimat“, die ihrer nicht vergessen soll, die die oben gekennzeichneten Lodzer Kreise in ihre Pressäusserungen einflechten und die nur geeignet sind, den intellektuellen Wert des polnischen Deutschtums bei der reichsdeutschen Oeffentlichkeit herabzusetzen.

Wenn ich die Stimmungen und Auffassungen der politisch reifen und intellektuellen Kreise des polnischen Deutschtums hier wiedergeben soll, so muss ich zunächst sagen, dass wir in der glücklichen Lage sind, unsere Zukunft in dem in ruhiger Entwicklung begriffenen polnischen Land im günstigsten Licht zu sehen. Die Entstehung des polnischen Staates mit besonderer Freude begrüssend und über die Tatsache, dass diese Gründung unter so hervorragendem Anteil unserer alten Heimat, des Deutschen Reiches, entstanden ist, Genugtuung empfindend, erinnern wir uns dankbar der vielen Wohltaten, die uns von der früheren autonomen polnischen Regierung (1815—1830) erwiesen worden sind und die die Grundlage unseres gegenwärtigen Wohlstandes und Ansehens im Lande bilden. Auch für die polnische Gesellschaft, mit der wir uns durch Jahrzehnte hindurch gemeinsam getragene Freude und Leid in vielfacher Beziehung verbunden fühlen, empfinden wir dankbare Anerkennung dafür, dass man uns in unserer Eigenart gelten liess und in keiner Weise auf uns einen Druck auszuüben versucht hat. So aus den günstigen Erfahrungen, die wir aus einem Jahrhundert Zusammenlebens mit den Polen gemacht haben, auf die Zukunft schliessend, stellen wir uns auf den Boden der Tatsachen und wollen in dem polnischen Staat mit zu den loyalsten und nützlichsten Bürgern desselben gehören. Es ergibt sich daraus, dass wir überall die Interessen dieses Staates wahrzunehmen haben und schon aus rein wirtschaftlichen Gründen danach streben müssen, dass dieser Staat so gross und so angesehen, wie dies nur möglich sein wird, dastehen soll und vor allem, dass seine Grenzen gegen den Osten so weit hinausgeschoben werden, wie sich das nur erreichen lassen wird. Je grösser der Umfang des polnischen Staates gegen den Osten sein wird, desto grösser wird auch das Wirkungsgebiet sein, in dem wir unsere in Polen anerkannt hochragende wirtschaftliche Position ausnützen können. Dass wir ferner für eine möglichst enge Annäherung

der polnischen Nation an die Mittelmächte wirken werden, ist selbstverständlich und ergibt sich aus der historischen Entwicklung unserer Stellung im polnischen Lande und aus der Tatsache unserer Abstammung und unserem ideellen Zusammenhang mit der deutschen Kultur.

Aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, der natürlichen Vernunft und der wirtschaftlichen Logik ergibt sich, dass so und nicht anders unsere zukünftige Stellung in den polnischen Ländern sein kann. Dies mögen doch die reichsdeutschen Pressorgane alldeutscher Geistesrichtung begreifen, die die alten Ladenhüter aus der politischen Krambude der alldeutschen Ideologie, die man ihnen im Deutschen Reich von allen Seiten zur Verfügung stellt, jetzt uns aufreden wollen. Wir haben gleichfalls für sie keine Verwendung. Auch wir haben erkannt, dass man uns kein Gold, sondern in der ganzen Welt ausser Kurs gesetzte, unechte alldeutsche Rechenpfennige anbieten will. Für die uns von dieser Seite zugewiesene Rolle verkappter politischer Agenten des völkerverhetzenden, alldeutschen Demagogentums bedanken wir uns.

Zivilingenieur L. K. Fiedler

Urenkel, Enkel und Sohn deutscher, evangelischer Pastoren im Königreich Polen.

---

## Die Vollversammlung polnischer Abgeordneter in Krakau.

Krakau, den 29. Mai 1917.

Bekanntlich hat der Polenklub des Wiener Abgeordnetenhauses in seiner Sitzung vom 16. d. M. über fünf Anträge, welche die staatsrechtliche Gestaltung der polnischen Länder betrafen und über die Sonderstellung Galiziens beraten. Im Laufe der Debatte wurde ein gemässigter Antrag des Abgeordneten Leo abgelehnt, dagegen ein schärferer Antrag des Abgeordneten Tetmajer

in der allgemeinen Polenfrage angenommen und gleichzeitig ausgesprochen, dass der Polenklub nicht in der Lage sei, die Regierung des Grafen Clam-Martiniz im Reichsrat zu unterstützen. Ferner beschloss der Polenklub, für die Pfingsttage eine Vollversammlung der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten nach Krakau einzuberufen, wo auch die wirtschaftlichen Ausschüsse des Polenklubs zu einer Beratung zusammentreten sollen. Diese Sitzung fand heute in Krakau statt, und zwar in Anwesenheit einer grossen Zahl von Mitgliedern des Abgeornetenhauses und des Herrenhauses wie auch des galizischen Landtages; es waren auch einige Mitglieder des Warschauer Staatsrates zugegen.

Am Sonntage, den 27. Mai d. J., fand eine Sitzung des reichsrätlichen Polenklubs statt, in welcher Anträge zur Approvisierungsfrage angenommen wurden. Einstimmig gelangte auch folgender Antrag des Abgeordneten Daszyński zur Annahme:

„Der Polenklub beschliesst, die Initiative zur Veranstaltung einer Friedenskundgebung im österreichischen Parlament zu ergreifen und ist das Klubpräsidium beauftragt, sich diesbezüglich rechtzeitig mit anderen Parteien des Hauses in Einvernehmen zu setzen."

Am Pfingstmontag fand die gemeinsame Sitzung der Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses, wie auch des Landtags statt. An den Vorbesprechungen nahmen die Vertreter des prov. Staatsrates: die Herren Mikułowski-Pomorski, Dzierzbicki, Kunowski, Studnicki, sowie die Vertreter der zwischenparteilichen Vereinigung, die Herren Papieski und Surzyński aus Warschau teil. Tags vorher hatten diese Herren eine kurze Informationskonferenz mit unseren Abgeordneten, die ausserordentlich wertvolle Aufschlüsse gebracht hat; das Staatsratsmitglied Kunowski, soeben aus Stockholm zurückgekehrt, schilderte in einem treffenden, vorzüglich durchgearbeiteten Referat den gegenwärtigen Stand der Dinge in Russland. Er bestätigte uns, dass Russland sich in einem Zustand der vollstandigen Auflösung be-

findet, dass die Regierung in 69 Arbeiter- und Soldatenkomitees zerfallen ist, von denen jedes auf eigene Faust handelt. Was die Proben der Aufstellung einer polnischen Armee auf der russischen Seite anbetrifft, so haben diese Versuche nur das Ziel, die polnischen Soldaten in besondere Formationen auszusondern, was übrigens auch die Ukrainer und andere Völkerschaften in gleicher Weise anstreben. Diese, gegenwärtig aus zwei Brigaden bestehende Armee, hat jedoch gar keinen politischen Charakter, denn in allen in Russland tätigen politischen Organisationen herrscht vollkommene Einmütigkeit darüber, dass über die polnische Wehrmacht nur die rechtmässige polnische Regierung in Warschau oder der Anfang dieser Regierung, der Provisorische Staatsrat, verfügen kann.

Die beiden weiteren Vertreter des Staatsrats, die Herren Mikułowski-Pomorski und Dzierbicki, stellten die politische Gefahr vor Augen, die ein Beschluss des Reichsratsklubs bedeuten würde, in dem der Akt des 5. November nicht genügend berücksichtigt wäre.

Am Nachmittage, um 5 Uhr, füllte sich der stilvolle Saal des Krakauer Stadtrates durch fast vollzählig versammelten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, während alle zum Magistratsgebäude führenden Strassen durch ein dichtes Spalier von Publikum besetzt wurden. Die Beratungen wurden eröffnet durch Abg. German, der in seiner Ansprache zum Ausdruck brachte, dass die Vollversammlung unserer Abgeordneten, einem Beschluss des Polenklubs zufolge sich hier eingefunden hat, um in diesem, für unser Volk so wichtigen Augenblick, ihre Meinung über die wichtigsten nationalen Angelegenheiten zur Geltung zu bringen.

Hierauf ergriff das Wort der Abgeordnete Włodzimierz Tetmajer, um in einer ausführlichen Ansprache unter anderem folgendes zu erklären: Jede Geheimpolitik, die in den Kabinetten, ohne Wissen und Willen der breiten Massen geführt wird, muss ein Ende nehmen. Die Massen verlangen, dass in Sachen Polens ein klarer

und eindeutiger Entschluss gefasst werde. Heute ist es ausgeschlossen, dass die polnische Frage durch eine kriegführende Partei entschieden werden kann. Heute entscheiden sich die Schicksale Europas, in den Krieg hat sich auch Amerika eingemischt, sodass unser Schicksal nicht durch eine, sondern durch alle kriegführende Parteien entschieden werden wird. Wir dürfen die Bedeutung dieses Augenblicks nicht zu gering einschätzen. Wir müssen jetzt klar sagen, was wir haben wollen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat es in Aussicht gestellt, Russland hat es proklamiert, die Ententemächte solidarisierten sich mit dieser Erklärüng, die Zentralmächte haben es bekannt gemacht, wie sollten wir dann schweigen? Auch wir müssen unsere Stimme erheben. Dies verlangt nicht allein unser Land, sondern die Gesamtheit der polnischen Länder.

Der Redner bespricht sodann den Akt des 5. November und sagt, dass das Projekt der Aussonderung Galiziens die Interessen des polnischen Volkes nicht berücksichtigt hat. Was den Akt der Proklamierung des Königreichs Polen anbetrifft, so weist der Redner auf die Erklärung des Grafen Hutten-Czapski hin, die damals den Vertretern der Warschauer Parteien abgegeben worden ist. Wir sprechen die Hoffnung aus, dass Kaiser Karl sich dieser Angelegenheit annehmen wird.

Namens der Volkspartei stellt der Redner sodann folgende Resolution zur Annahme:

„Die Vollversammlung polnischer Abgeordneter stellt fest, dass das einzige Streben der polnischen Nation die Wiedererlangung des unabhängigen (hier eine Lücke der Krakauer Zensur. D. Red.) . . . Polens, mit Zutritt zum Meer, ist.

Die Vollversammlung polnischer Abgeordneter stellt den internationalen Charakter der polnischen Frage fest und erachtet die Verwirklichung Polens für eine Garantie des dauernden Friedens.

Die Vollversammlung polnischer Abgeordneter bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Kaiser Oester-

reichs diese Angelegenheit in seine Hände nehmen werde.“

Die Wiederherstellung des polnischen Staates, mit Hilfe Oesterreichs wird Oesterreich einen natürlichen und dauernden Bundesgenossen geben.“

Dieser Antrag wurde nach einer kurzen Beratung einstimmig durch Erhebung von den Sitzen angenommen.

Langandauernder, stürmischer Beifall der Versammelten, der sich sodann noch auf das Publikum auf der Strasse ausdehnte, bildete den Ausklang der Sitzung.

---

## Nach der russischen Revolution.

### Polen und Ukrainer.

Das polnische Vollzugskomitee in Kijów hat dem Ukrainischen Zentralrat das nachstehende Schreiben zugesandt:

„Das Morgenrot naht, der Himmelsrand brennt ... An dem für uns so freudigen Tage, wo das jetzt freie russische Volk unsere Rechte zu unserem selbständigen politischen Leben anerkannt hat, strecken wir euch, ihr Brüder-Ukrainer, unsere Hand entgegen, ihr nächsten Nachbarn unserer heimischen Erde. Zum ersten Male können wir uns aufrichtig verständigen, als zwei gleichberechtigte Völker, die jedes, so Gott will, bald in der eigenen Hütte eigene Wahrheit, Kraft und Wille haben werden.

Vor uns und vor euch liegt eine Unmenge Arbeit, bei jedem auf seinem Acker. Da uns so enge geschichtliche Bande verbinden, dass in unseren Grenzlanden die Polen sich mit den Ukrainern vermengt haben, so lasst uns auch nachbarlich leben, lasst uns gemeinsam arbeiten für unser Gemeinwohl und für das allgemeine Wohl. Lasst uns einander näher kennen lernen und verständigen, jetzt, wo kein Druck mehr über euch und über uns schwebt, damit unsere gemeinsame Arbeit nicht einander entgegen, sondern einträchtig und brüderlich vor sich geht.

Soweit wir es in Zukunft können werden, wollen wir euch helfen zu eurer nationalen Entwicklung, für das Heil der Ukraina, die, so Gott will, frei, erleuchtet und glücklich sein wird.

Der Vorsitzende, des Polnischen Vollzugskomitees: Joachim Bartoszewicz."

Der Ukrainische Zentralrat dankte hierauf mit folgendem Schreiben:

„Der Ukrainische Zentralrat spricht dem polnischen Komitee seinen Dank aus für die Begrüssung des Morgenrotes des neuen Lebens, das die allgemeine russische Revolution über dem ukrainischen Lande aufgehen liess.

Der Ukrainische Zentralrat begrüsst die Wünsche der Polen, die auf ukrainischer Erde leben und den Ukrainern die Hand reichen wollen zur gemeinsamen Arbeit bei der Wiederaufrichtung der freien Ukraina im freien Verband mit den Völkern der zukünftigen Russischen Demokratischen Föderativen Republik, und die sich bereit erklären, gemeinsam für unser gemeinsames Wohl und das Allgemeinwohl zu arbeiten.

Den Wünschen des Polnischen Komitees Rechnung tragend und den Polen, die auf unserer ukrainischen Erde leben, die Hand reichend, erkennt der Ukrainische Zentralrat alle bürgerlichen und politischen Rechte der nationalen Minoritäten an, die unsere Ukraina bewohnen und die das ukrainische Volk als Wirten auf der ukrainischen Erde achten und mit ihm gemeinsam als Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen gehen wollen.

Der Ukrainische Zentralrat spricht die Hoffnung aus, dass die freie polnische Nation in gleicher Weise in den Grenzen des ethnographischen Polens alle Rechte auch den Ukrainern zuerkennen wird, die auf dem polnischen Gebiete leben.

Der Vorsitzende des Ukrainischen Zentralrates Michał Hruszewskij."

# Die Haltung der polnischen Bauernschaft.

Lublin, den 20. Mai 1917.

Am 15. Mai erschien im Generalgouvernement des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes eine Abordnung von über hundert der bekanntesten Bauernvertreter der umliegenden Kreise und händigte dem Generalgouverneur, Grafen Szeptycki, die nachstehende Denkschrift ein:

„Exzellenz! Wir kommen hierher, um im Namen der Bauernschaft Ew. Exzellenz zu begrüssen und unser Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. Wir sahen die Arbeit Ew. Exzellenz, als Kommandant der polnischen Legionen, und lasen Ew. Exzellenz Abschiedsbefehl an die Legionen, in welchem Sie die Kontinuierung des polnischen Dienstwesens auch in der neuen Stellung versprachen; wir haben deshalb zu Ew. Exzellenz Vertrauen. Es ist dies ein ehrliches Vertrauen, wie es in den gegenwärtigen, umwälzenden Zeiten Polen zu ihrem Landsmann haben müssen.

Exzellenz! Mit dem Akt des 5. November vorigen Jahres wurde das Königreich Polen als selbständiger Staat proklamiert. Das ganze polnische Volk hat diese Proklamation mit Enthusiasmus und Dankbarkeit aufgenommen. Auf dieser Grundlage wurde der Provisorische Staatsrat gebildet, der, als Anfang einer polnischen Regierung, das bedingungslose Vertrauen der polnischen Gemeinschaft geniesst.

Seit der Proklamierung des Polnischen Staates sind 7 Monate verflossen, seit der Bildung des Provisorischen Staatsrates 4 Monate, die Verhältnisse im Königreich Polen haben sich jedoch garnicht geändert.

Aus diesen Gründen ist sowohl der Provisorische Staatsrat wie auch die ganze polnische Gemeinschaft ungeduldig und erregt. Der Provisorische Staatsrat, jeden Einflusses auf die Gestaltung der polnischen Verhältnisse beraubt, hat auf einer der letzten Sitzungen eine Reihe von Postulaten formuliert, mit denen die Bauernschaft in Polen sich völlig solidarisch erklärt.

Insbesondere fordern wir:

1. Die sofortige Berufung auf den polnischen Thron eines polnischen Königs in Person des Erzherzogs Stefan Karol, beziehungsweise die Einsetzung eines polnischen Regenten in der gleichen Person.

2. Die Bildung einer polnischen Regierung durch den König oder Regenten, die die Verwaltung des Landes und den Oberbefehl über das polnische Heer übernehmen wird. Die Aufstellung und Bildung der polnischen Armee muss dem König bezw. Regenten und der polnischen Regierung unterstellt werden.

3. Die Einberufung eines polnischen Reichstages in Warschau auf Grund einer demokratischen Wahlordnung.

4. Die Einheitlichkeit des polnischen Verwaltungswesens im ganzen Königreich Polen, ohne Okkupationsgrenzen.

5. Die Behandlung des Königreichs Polen und des polnischen Volkes als eines freien und unabhängigen Landes und Volkes, nicht als eines unterworfenen und geknechteten.

6. Die Unterbindung jeglicher Requisitionen, da dem Lande sonst der Hunger droht.

7. Freiheit des Handels mit allen Nahrungsmitteln.

8. Unterstützung der Produzentenverbände, besonders bei Armeelieferungen.

9. Verbot des Waldfällens.

10. Wechsel im Personal der Gendarmerie und Ausschluss von Gendarmen nichtpolnischer Nationalität.

Wir bitten Ew. Exzellenz, unsere prinzipiellen Forderungen bei den massgebenden Stellen zu unterstützen und soweit sie Ew. Exzellenz Entscheidung unterliegen, dieselben wohlwollend zu erledigen.“

Hierauf sprachen verschiedene Bauern, darunter Stanisław Supryn, Jan Wojcieszek, S. Wróbel und viele andere. Sie berührten alle die wichtigen, das ganze Land angehenden Fragen der Requisitionen, forderten die Erhöhung der Preise für das requirierte Vieh, die

Wiedereröffnung der Mühlen, erwähnten die Gefangenenfrage usw.

Der Generalgouverneur, Graf Szeptycki, dankte den Bauernvertretern für das dargebrachte Vertrauen und versprach, dass er dasselbe nicht enttäuschen werde. Er versprach weiter die Aufhebung aller Erschwerungen und bat, die Bauern mögen in allen wichtigen Angelegenheiten sich stets direkt an ihn wenden, ohne Rücksicht auf die Tages- oder Nachtzeit. In minderwichtigen Angelegenheiten können sie sich an die Kreiskommandanten wenden.

Der Bauer Wojcieszek sprach zum Schlusse dem Herrn Generalgouverneur den Dank der Abordnung für seine so wohlwollende Haltung aus.

---



# Goethe in Polen.

Von Dr. phil. et ing. **Eugen Meller.**

Es ist wenig bekannt geworden, dass der Altmeister Goethe in Galizien und Polen gewesen war. Er selbst hat uns zwei oder dreimal in seinen Briefen die Orte erwähnt, die er berührte. Sonst findet sich keine Erwähnung, kaum einmal eine Andeutung dessen, was er in jenen „seltsamen“ Ländern gesehen und erlebt hatte. Man kann wohl annehmen, dass der Wunsch, das „rätselhafte polnische Land“, von welchem dem Dichter schon so widersprechende Kunde zugekommen, näher kennen zu lernen, infolge interessanter und noch lange fortwirkender Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern des polnischen Hochadels in Goethe wach geworden ist. Nach der Lösung seines langjährigen Verhältnisses zu Charlotte von Stein, kam ihm in dieser peinlichen Situation der Ruf seines Herzogs Karl August sehr gelegen, diesen auf seiner Kampagne nach Schlesien und Polen zu begleiten.

Am 26. Juli 1790 trat Goethe in dem berühmten herzoglichen Landauer jene Reise an. Von Breslau aus

unternahm er „manchen frischen Gebirgsritt“ und durchstreifte das Land nach allen Richtungen. Von hier aus reiste er alsbald auch nach Ober-Schlesien, Galizien und Polen. Zwar hegte Goethe die Absicht, diese Reise ausführlicher zu behandeln; in den „Tag- und Jahresheften“ hiess es darüber: „. . . Einiges findet aufgezeichnet . . .“ Leider ist Goethe in späteren Jahren zur Ausführung dieser Absicht nicht gekommen, wahrscheinlich, weil ihm das „polnische Notizbuch“ bereits entfremdet war, das er auf jener Reise geführt hatte.

So ist diese für uns in undurchdringliches Dunkel gehüllt, was umsomehr zu bedauern ist, als Goethe „sich damals offenbar auf der Höhe seines Behagens befand und voll Taten- und Werdelust war, wenn auch zumeist wissenschaftlichen Problemen zugewandt . . .“ Jenes Notizbuch von der schlesisch-galizisch-polnischen Reise aber ist in neuerer Zeit wieder aufgetaucht; es befindet sich in der Herzl'schen Goethesammlung der Leipziger Universitätsbibliothek. Dem berühmten Forscher Friedrich Zarncke, wie auch dem gediegenen Kenner Gustav Karpeles, dem wir so vieles über Goethes Beziehungen zu Polens Land und Leute verdanken, ist es meisterhaft gelungen, diese einzige Quelle für die Kenntnisse jener Reise zu entziffern und allgemeiner zugänglich zu machen. Aber auch dieses Notizbuch birgt in sich nur karge Bemerkungen über Goethes Reise nach Polen, und so ist man denn darauf angewiesen, bloss mosaikartig ein Bild dieser „Kampagne“ zusammenzusetzen. Am 10. August schreibt Goethe an Herder: „. . . ich werde viel zu erzählen haben, wenn es mir im Winter wieder erzählerisch zu Mute wird . . .“ Leider ist es dem grossen Dichter nicht „erzählerisch“ geworden, und so müssen wir uns mit den lakonischen Notizen in den „Tag- und Jahresheften“ begnügen: „. . . eine Lustfahrt nach den Salinen von Wieliczka und ein bedeutender Gebirgs- und Landritt über Adelsbach, Glatz usw. unternahmen, bereicherte mit Erfahrungen und Begriffen . . .“ Wie es scheint, hat dieser Ausflug

— nach Karpeles Angaben — acht Tage gedauert. Derselbe wurde mit dem Herzog Karl August und dem Direktor der schlesisch-galizischen Bergwerke, dem Geheimen Finanz- und Oberbergrat der Grafschaft, Friedrich Wilhelm von Reden, an dem Goethe Gefallen gefunden, unternommen. Von Tarnowitz aus besuchte Goethe mit dem Herzog und dem Herrn von Reden die alte polnische Krönungsstadt Krakau, die berühmten Salzwerke von Wieliczka und den bekannten Wallfahrtsort Czestochau, diesmal zu Wagen. Das erwähnte Notizbuch nennt einige Namen der Haupterzeugnisse der österreichischen Salzwerke: „... Schibiker Salz, Grün-Salz (zwei Hauptarten der in Wieliczka gewonnenen Salze), Gipspat ...“ Ferner wird Professor A. K. Scheidt in Krakau erwähnt, der viele Schriften über Breslau, Salzwerke, Kohlenlager und auch über Steinschneidekunst herausgegeben. Nach Zarncke's Vermutung mag Goethe hier auch die Notizen gesammelt haben, die über den Kohlen- und Holzverbrauch sowie über das Verhältnis des Holzes zur Kohle zu lesen sind; desgleichen werden wohl zu dieser beschwerlichen Reise die manigfachen Maschinenzeichnungen gehören, die sich auf der Rückseite des Vorderdeckels vorfinden. Zarncke hat auch die Korrespondenz Goethes während seiner schlesisch-polnischen Reise verfolgt. Wie Karpeles annimmt, hat der Dichter während seiner achttägigen Kampagne keinen einzigen Brief geschrieben. Dagegen dürften wohl die Entwürfe zu Gedichten und Epigrammen entstanden sein; sie bereichern unsere Kenntnisse von seiner Poesie und legen zugleich Zeugnis ab für die Stimmungen, in denen er sich damals bewegte. Hauptsächlich sind es Distichen, die er aber damals in seine Werke nicht wieder aufgenommen hat. Sie sind meist während der Fahrt im Wagen auf schlechten „Chausseen“ entstanden. Auch eine Anzahl Liebesgedichte datiert von jener seltsamen Reise. Das ist die ganze poetische Ausbeute der einwöchentlichen Kampagne.

So sind wir nur auf Vermutungen und kühne Kombinationen angewiesen, ja nicht einmal die Strecke lässt sich genau bestimmen, die Goethe zurückgelegt hat. Nur soviel ist gewiss, dass er in seinem herzoglichen Landauer sehr schnell gefahren sein muss, um die grosse Reise in acht Tagen zurückzulegen. Gleichwohl darf man annehmen, dass er zunächst in Krakau die merkwürdigen Baudenkmäler der alten polnischen Krönungsstadt besichtigt hat, den Marktplatz mit den alten Tuchlaubengebäuden, das prachtvolle Schloss auf dem Wawelberg mit der berühmten Kathedrale und den marmorenen Grüften der polnischen Könige, endlich die mannigfachen Erinnerungen an Faust, der an der Jagiellonischen Hochschule studiert hat. Im Juli 1790 hatte Goethe ja den „Faust, ein Fragment", zum ersten Male herausgegeben.

Von besonderem Interesse mag Wieliczka für Goethe gewesen sein, wo er, „. . . dem ja kein Berg zu hoch, kein Schacht zu tief, kein Stollen zu niedrig, keine Höhle zu labyrinthisch genug . . ." dem altberühmten Bergwerke sein besonderes Interesse als Fachmann und im Hinblick auf den Niedergang des Ilmenauer Bergwerkes zuwandte. Schliesslich dürfte ihn auch durch die Eigenart des Bildes der alte Wallfahrtsort Czenstochau gefesselt haben, wo das Gnadenbild der „Schwarzen Mutter Gottes" damals wie heute zur Zeit des Namensfestes Maria in den ersten Septembertagen Hunderttausende von frommen Pilgern nicht nur aus Oberschlesien, Galizien und Polen, sondern auch aus allen benachbarten katholischen Ländern anlockte. — Von Czenstochau, das nur einige Meilen von der preussischen Grenze entfernt ist, ging die Reise unmittelbar nach Breslau zurück. Goethes Anwesenheit in Krakau erwähnt auch ein Brief Herder's an Knebel vom 20. September 1790 mit den Worten: „. . . Der Herzog ist mit Goethe aus Schlesien nach Krakau gereist, also noch abwesend . . ." Inzwischen war aber Goethe bereits nach Breslau zurückgekehrt und schrieb an Herder am

2. September folgende merkwürdige Zeilen: „. . . Ich habe lange von dir nichts gehört, lieber Bruder, bin wieder in Breslau nachdem wir von einer Reise nach Tarnowitz, Krakau, Wieliczka, Czenstochau glücklich gestern zurückgekehrt sind. Ich habe in diesen Tagen viel merkwürdiges, wenn es auch nur meist negativ merkwürdig gewesen wäre, gesehen. An dem Grafen Reden, dem Direktor der schlesisch-galizischen Bergwerke, haben wir einen sehr guten Gesellschafter gehabt. Nun sind wir wieder in Breslau . . .“

Es wäre ein müssiges Beginnen, psychologisch ergründen zu wollen, was Goethe bewogen haben mochte, seine schlesisch-polnischen Reiseerinnerungen später nicht zu veröffentlichen; jedenfalls dürfen wir wohl annehmen, dass das Interesse Goethes für Polens Land und Leute seit jener Reise sich wesentlich verstärkt habe.

---

# NOTIZEN.

## Politisches.

**Aufhebung des Enteignungsgesetzes.** Der dem preussischen Landtage von der kgl. Regierung zugegangene Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Ansiedlungsgesetzes lautet: „Die §§ 18 bis 22 des Artikels I Nr. 10 des Gesetzes über Massnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreussen und Posen vom 20. März 1908 (Gesetzsamml. S. 29) werden aufgehoben.“ — In der Begründung darüber heisst es: „Das dem Staate im § 13 des Gesetzes über Massnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreussen und Posen vom 20. März 1908 (Gesetzsamml. S. 29) verliehene Recht, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedlungen möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als siebzigtausend Hektaren nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben, ist bisher im Laufe von 9 Jahren nur auf Grund einmaliger Entschliessung der Staatsregierung im Herbst 1912 ausgeübt worden. Von der Enteignung wurden 4 Güter von im ganzen 1655 Hektar betroffen, die in den Besitz der Ansiedlungskommission übergegangen sind. Von diesen Fällen abgesehen war die Ansiedlungskommission bestrebt, die ihr gesetzlich obliegenden Auf-

gaben ohne Inanspruchnahme des Enteignungsrechtes zu erfüllen. Im ganzen hat sie seit 1908, ausgenommen die beiden letzten Kriegsjahre, eine Fläche von 105671 Hektar besiedelt und 8066 ländliche Stellen darauf geschaffen. Mit Rücksicht hierauf erachtet es die Staatsregierung für unbedenklich und im Hinblick auf die durch den Krieg und die Kundgebung der verbündeten Kaiser vom 5. November 1916 geschaffene politische Lage für begründet, auf die Anwendung der Enteignung nach dem Gesetz von 1908 in Zukunft zu verzichten und diese Gesetzesvorschrift auch förmlich ausser Kraft zu setzen."

**Vom Polenklub des Wiener Reichsrats.** Zum Obmann des Polenklubs in Wien wurde Abg. Dr. Stanislaus Łazarski gewählt, der ausserhalb der Parteigruppen des Polenklubs steht. Von 67 abgegebenen Stimmen erhielt Dr. Łazarski 60, 6 Stimmzettel waren leer, eine Stimme entfiel auf Dr. German.

## Verwaltung.

**Die Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung in Łódź** hat am 20. Mai stattgefunden. Der Vorstand besteht aus einem Polen, Herrn Sułowski, als ernanntem Vorsitzenden, sowie einem Deutschen und einem Juden als seinen gewählten Stellvertretern. In der Eröffnungsansprache des Vorstehers Sułowski fand sich die Aufforderung an die Versammlung, am Aufbau eines unabhängigen Staates unablässig mitzuwirken. Der von der deutschen Verwaltung eingesetzte Oberbürgermeister Dr. Schoppen versicherte die Versammlung seiner besten Wünsche wie auch derjenigen des von der deutschen Verwaltung eingesetzten Polizeipräsidenten. „Wir setzen" fügte Herr Schoppen hinzu, „unser volles Vertrauen in Sie und bitten, als Gegengabe auch uns Ihr Vertrauen entgegenbringen zu wollen". Die Führer der Gemeinderatsfraktionen brachten sodann den Standpunkt ihrer Parteien in programmatischen Erklärungen zum Ausdruck. Zwei Redner, die Vertreter der Sozialdemokraten und der polnischen bürgerlichen Linken, betonten, dass für die Unabhängigkeit Polens eine nationale Armee notwendig sei.

**Das Gerichts- und Schulwesen im Königreich Polen.** Der Herr Generalgouverneur von Beseler hat am 14. April d. J. den Ausführungsausschuss des Provisorischen Staatsrats davon in Kenntnis gesetzt, dass er bereit sei, das Gerichts- und Schulwesen des Polnischen Staates dem Provisorischen Staatsrat zu überweisen. Im Anschluss hieran begannen sofort die Verhandlungen der Behörden mit dem Staatsrat. Im Verlaufe derselben hat der Herr Kurator der Universität und der Technischen Hochschule beide Rektoren aufgefordert, entsprechende Wünsche und Vorschläge zu äussern. Die akademischen Senate sind gegenwärtig damit beschäftigt, ausführliche Projekte mit verschiedenen Aenderungen der Hochschulverfassungen auszuarbeiten.

**Lebensmitteleinfuhr nach Warschau.** Die „Deutsche Warschauer Zeitung“ vom 26. Mai meldet: „Um der Bevölkerung von Warschau mit Rücksicht auf die bestehende Knappheit und Teuerung aller Lebensmittel die Möglichkeit zu geben, von Verwandten und Bekannten auf dem plattem Lande Lebensmittel nach der Stadt Warschau einzuführen, sind von den deutschen Behörden gewisse Erleichterungen in der Einfuhr solcher Lebensmittel zugestanden, deren Einfuhr sonst verboten ist, weil die Lebensmittel zentral verwaltet und an die Bevölkerung gegen Karten abgegeben werden. Es handelt sich namentlich um Mehl, Brot, Kartoffeln, Grütze, Hülsenfrüchte. Die Erleichterung soll aber nur dazu dienen, den notwendigsten Bedarf für kürzere Zeit zu sichern, sodass es sich nur um ganz geringfügige Mengen, etwa zwischen 5 und 10 poln. Pfund, handeln darf. Verboten bleibt nach wie vor die Einfuhr von Fleisch und Speck, um den Viehbestand des Landes, der eine letzte Reserve bildet, zu schonen, und um die Gefahr der Erkrankung an Trichinose zu bekämpfen. Die Erleichterungen in der gegenwärtigen Form sind nur als vorübergend gedacht. In Vorbereitung ist eine Organisation, die durch eine Art von Bezugskarte für diese Einfuhr eine planmässige Regelung bis zur nächsten Ernte vorsieht. Diese Regelung wird kurz nach Pfingsten der Bevölkerung durch öffentliche Bekanntmachung mitgeteilt werden.“

## Wirtschaftliches.

**Polemisches.** In der „Deutschen Post“, Nr. 19 vom 18. Mai d. J., die in Łódź erscheint, findet sich ein Artikel des Herausgebers Adolf Eichler, der sich mit einem von mir veröffentlichten Aufsatz aus den „Polnischen Blättern“ über die Entstehungsgeschichte der polnischen Textilindustrie und einem weiteren Aufsatz von mir aus der „Deutschen Warschauer Zeitung“ über die Regelung der zukünftigen Zollverhältnisse zwischen Polen und Russland beschäftigt.*)

Im Interesse der unbefangenen Orientierung der reichsdeutschen öffentlichen Meinung muss ich zu dem Artikel des Herrn Eichler auf den Spalten der „Polnischen Blätter“ Stellung nehmen.

Die Herausgeber der „Deutschen Post“ machen kund, dass sie die wirtschaftlichen Zukunftsfragen der Łódźer Deutschen als ein von den Herausgebern und Schriftleitung der „Deutschen Post“ zu beackerndes Gebiet erkannt haben. Ich nehme von diesem Ukas hiermit Kenntnis, aber ich bemerke gleichzeitig, dass ich mich nach dieser Verordnung nicht zu richten beabsichtige. Die Herausgeber der „Deutschen Post“ müssen schon gestatten, dass auch andere Leute das gleiche Feld beackern, vielleich sogar mit besserem Erfolg.

---

*) „Poln. Blätter“, Nr. 84 u. 86 1916; „Deutsche Warschauer Zeitung“ vom 2. Mai 1917.

Zur Entstehungsgeschichte der Łódźer Textilindustrie bemerke ich, dass ich die grossen und unvergänglichen Verdienste der in der Zeit von 1815 bis 1830 auf Einladung der autonomen polnischen Regierung nach Polen gekommenen deutschen Handwerksmeister und Weber um den grossen Aufschwung der polnischen Textilindustrie nie bestritten habe. Ich habe sie im Gegenteil in dem Aufsatz in den „Polnischen Blättern" noch besonders hervorgehoben und unterstrichen. Aber ich habe mich gegen das übertreibende Rühmen dieser Verdienste über das Mass der historischen Wahrheit hinaus gewandt und gegen die Umfälschung der geschichtlichen Entwicklungsgänge des Łódźer Deutschtums nach den derzeitigen Tagesbedürfnissen der alldeutschen Kriegszielpropaganda.

Es steht den Herausgebern der „Deutschen Post" frei, meine Darstellung auf Grund historischen Quellenstudiums zu widerlegen, nicht mit allgemeinen Redensarten und selbstherrlichen Dekreten. Auch das Gleichnis aus Strindberg hat keine Beweiskraft und gehört garnicht her, denn in dem Strindbergschen Roman kauft sich der Arbeiter den Wasserfall für 2000 Kronen, den eingewanderten Łódźer Deutschen ist der Wasserfall — um im Bilde zu bleiben — geschenkt worden und ausserdem noch beträchtliches Betriebskapital.

Ich muss mich ferner dagegen wenden, dass die Herausgeber der „Deutschen Post" mich als Gegner der Łódźer Textilindustrie darstellen. Ich bin im Gegenteil ein sehr warmer Freund der soliden Łódźer Industrie, aber ich halte mich auch für verpflichtet, die Interessen der anderen Stände in Polen wahrzunehmen. Die verlangte Uebergangszeit z. B., wenn sie auf Kosten der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Polens erkauft werden müsste, würde höchstwahrscheinlich die Interessen der Landwirtschaft in Polen schädigen und somit auch die überwiegende Mehrzahl der polnischen Deutschen, die landwirtschaftlichen deutschen Kolonisten.

Es steht den Herausgebern der „Deutschen Post" frei, die von mir in der „Deutschen Warschauer Zeitung" gegen die geforderte Uebergangszeit vorgebrachten Gründe zu widerlegen, aber bitte: mit Argumenten und geistigen Waffen, nicht mit Verfügungen, Entstellungen und dunklen Andeutungen. Als Entstellung betrachte ich u. a. die Behauptung, ich sei ein Gegner der Łódźer Textilindustrie und wünsche ihren Niedergang.

Wenn Herr Eichler, seine Leser irreführend, mich für einen deutschschreibenden polnischen Ingenieur ausgibt, so muss ich widersprechen und der Wahrheit gemäss erklären, dass ich ein deutschschreibender deutscher Ingenieur bin und dass ich darauf stolz bin, dies in einem polnischen Blatt feststellen zu können.

Zivilingenieur L. K. Fiedler.

**Entschädigung für die in Polen enteigneten Güter.** Die Reichsentschädigungskommission in Berlin, die die Entschädigung der ausserhalb der Reichsgrenzen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten beschlagnahmten Güter zu regeln hat, ist ermächtigt worden, im Rahmen ihrer Befugnisse den Einwohnern des Generalgouvernements Warschau für die in dessen Gebiet enteigneten Gegenstände Entschädigung zu gewähren, und zwar im allgemeinen in der vollen Höhe des deutschen Friedenswertes; ausserdem sollen Zinsen und nachgewiesene Kosten in demselben Umfang erstattet werden, wie es bei Reichsdeutschen und Verbündeten geschieht. Der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nach Beendigung des Krieges bleibt es vorbehalten, von welchen Stellen und wieweit der Unterschied zwischen dem deutschen Friedenswert und dem zum Teil höheren russischen Werte erstattet werden soll.

**Deutsche Forderungen an Bewohner der besetzten Gebiete.** Der Präsident der Reichsentschädigungskommission hat folgende amtliche Mitteilung ergehen lassen:

Die Reichsentschädigungskommission berücksichtigt, wenn Entschädigungen für Beschlagnahmen und Kaufgelder au Bewohner des besetzten und unter deutscher Verwaltung stehenden Feindesgebietes durch sie zur Auszahlung gelangen, die deutschen Gläubiger der Empfänger, soweit es sich um Forderungen handelt, die vor Kriegsbeginn entstanden, und bei der Kommission angemeldet sind. Sie wirkt auch durch entsprechende Massnahmen, insbesondere durch die von ihr herausgegebenen Gläubigerlisten darauf hin, dass die deutschen Zivil- und Militärbehörden, sowie die deutschen Kriegsgesellschaften bei Ankäufen in den besetzten Gebieten sich die Befriedigung der deutschen Gläubiger angelegen sein lassen. Es ist nunmehr die Anordnung ergangen, dass die Anmeldung vor Kriegsbeginn entstandener Forderungen von der Reichsentschädigungskommission nur noch bis zum 31. Mai 1917 entgegengenommen werden darf. Die spätere Anmeldung wird nur noch ausnahmsweise zugelassen werden, wenn der Gläubiger nachweist, dass er ohne sein Verschulden an der rechtzeitigen Anmeldung verhindert gewesen ist. Für die Anmeldung müssen die bei der Forderungsanmeldestelle der Reichsentschädigungskommission Berlin W. 10, Viktoriastr. 34, erhältlichen Vorschriften beachtet und Vordrucke benutzt werden.



---

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski. Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2. Grolmanstr 42.